

AfD Ratsfraktion im Rat der Stadt Cuxhaven
Postfach 03 74, 27453 Cuxhaven
Homepage: www.afd-cuxhaven.de
E-Mail: afd-cuxhaven@yahoo.com
Facebook: <https://de-de.facebook.com/AfDCuxhaven/>



Cuxhaven, den 24.10.2017

Änderungsantrag der AfD Ratsfraktion an den Verwaltungsausschuss der Stadt Cuxhaven zur **SV 156/2017** mit der Bitte um Vorberatung in den Ausschüssen

Der Verwaltungsausschuss der großen selbstständigen Stadt Cuxhaven möge bitte beschließen:

Der Vorschlag der Verwaltung wird dahingehend abgeändert, dass nicht eines der drei Gebäude auf einem Flurstück WA (Allgemeines Wohngebiet gemäß §4 BauNVO) und zwei auf einem Flurstück SO (Sondergebiet „Wohnen und Ferienwohnen“ gemäß §11 BauNVO) sondern zwei Gebäude auf einem Flurstück WA und nur eines auf einem Flurstück SO errichtet werden.

Begründung:

In einem im Internet öffentlich zugänglichen Werbeprospekt ist folgende Baubeschreibung zu lesen:

„Neubau einer Wohnanlage mit 48 WE mit einer Tiefgaragenanlage
27476 Cuxhaven – Döse, Hinter der Kirche 74

Gemäß Planungsstand werden auf dem 3.444 qm großen Flurstücke 175/4, 192/8, 192/10 und 265 der Gemarkung Döse Flur 1 drei zweigeschossige Wohngebäude zuzüglich Dachgeschoss errichtet.“

Aktuell befindet sich aus diesem Flurstück eine Bausubstanz, deren Größe etwa einem der drei zu errichtenden zweigeschossigen Wohngebäude zuzüglich Dachgeschoss entspricht.

Für die aktuell (noch) auf dem Grundstück vorhandene Bausubstanz kann vermutlich ein Anspruch auf Ferienwohnnutzung abgeleitet werden. Deshalb ist nach Auffassung der Antragsteller Bausubstanz in dieser Größe zur Ferienwohnnutzung zuzulassen, das heißt der auf eines der drei zu errichtenden Gebäude entfallende Teil des Flurstücks ist als Sondergebiet „Wohnen und Ferienwohnen“ (SO, gemäß §11 BauNVO) auszuweisen.

Das auf die beiden anderen Gebäude entfallende Flurstück ist hingegen als allgemeines Wohngebiet (WA, gemäß §4 BauNVO) auszuweisen.

Im Kurteil Döse gibt es einen starken Entwicklungsdruck hin zum Ferienwohnen, das Dauerwohnen wird immer weiter zurückgedrängt Diese Entwicklung zeigte bereits mehrfach negative Auswirkungen für die Stadtentwicklung, beispielsweise durch Schließungen von einem Nahversorger und einer Bankfiliale.

Die AfD Ratsfraktion möchte auch aus diesen Gründen, dass bei diesem Projekt nicht das Ferien- sondern das Dauerwohnen überwiegen sollte und Ferienwohnnutzung nur in dem Umfang zugelassen wird, der vorher schon vorhanden war.

gez.

Anton Werner Grunert
Vorsitzender der AfD Ratsfraktion